

Stadt Roßlau

Markt 5, 06862 Roßlau
Tel.: 034901/630, Fax: 034901/63400



Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtrates am 14.12.2005

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:57 Uhr
Sitzungsort: Rathaus Roßlau, Ratssaal

Anwesend:

Vorsitzende:

Frau Christa Müller

Bürgermeister:

Herr Klemens Koschig

Ratsmitglieder:

Herr Rainer Augustin
Herr Burkhard Bader
Herr Kurt Brumme
Herr Hans-Peter Dreibrodt
Herr Lutz Föse
Herr Rainer Gerdung
Frau Sylvia Gernoth
Herr Klaus-Peter Henkel
Herr Dirk Hofmeister
Herr Axel Kaczmarek
Herr Helmut Kläre
Herr Günter Koroll
Herr Andre Kulas
Herr Hans-Joachim Mau
Frau Christiane Mitsching
Herr Hubert Pfennigsdorf
Frau Hannelore Sauermilch
Herr Andreas Schwierz
Herr Klaus Tonndorf
Herr Wolfgang Tremer
Herr Peter Vester

Herr Lutz Weiland
Herr Dieter Wilke

Verwaltung:

Frau Ingrid Böning
Frau Angela Hahm
Frau Sabine Knaut
Frau Sylvia Otto
Frau Esther Riemann
Herr Wolfgang Schmieder

es fehlten:

Ratsmitglieder:

Frau Dörte-Sabine Liensdorf	Entschuldigt
Herr Gerhard Seibt	Unentschuldigt
Frau Siglinde Sumpf	Entschuldigt
Herr Jörn von der Heydt	Entschuldigt

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der form- und fristgemäßen Ladung
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Genehmigung der Tagesordnung und der vorliegenden Anträge
5. Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Sitzung vom 03.11.2005
6. Behandlung folgender Tagesordnungspunkte:
 - 6.1. Bericht der Stadtverwaltung
 - 6.2. Einwohnerfragestunde
 - 6.3. Anfragen der Stadträte an den Bürgermeister
 - 6.4. 4. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes zum Haushaltsplan 2006
Vorlage: BV/0466/05-I/20
 - 6.5. Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2006
Vorlage: BV/0463/05-I/20

- 6.6. Jahresabschlussprüfung WIR 2005
Vorlage: BV/0453/05-I/80
- 6.7. Wahl Vertreter Abwasser- und Wasserzweckverband Elbe - Fläming
Vorlage: BV/0454/05-I/80
- 6.8. Beteiligungsbericht 2005 Stadt Roßlau (Elbe)
Vorlage: Info/0457/05-I/80
- 6.9. 4. Nachtrag zur Erstreckungssatzung zur Anpassung des Ortsrechtes der Gemeinde Mühlstedt an das Orts
Vorlage: BV/0459/05-BM
- 6.10. Straßenbenennung im Konversionsgebiet Garnison Roßlau
Vorlage: BV/0458/05-BM
- 6.11. Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 62 Abs. 4 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt

Niederschrift

1. Eröffnung der Sitzung

Die 11. Sitzung der IV. Wahlperiode des Stadtrates Roßlau wird durch die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, eröffnet.

2. Feststellung der form- und fristgemäßen Ladung

Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht.

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Sitzung sind 24 Stadträte plus Bürgermeister anwesend. Somit ist der Stadtrat mit 25 Stimmberechtigten beschlussfähig.

Bevor in die weitere Tagesordnung eingestiegen wird, gratuliert die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, Herrn Hubert Pfennigsdorf nachträglich zum Geburtstag und wünscht vor allem Gesundheit.

4. Genehmigung der Tagesordnung und der vorliegenden Anträge

Herr Föse, Fraktion CDU

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag, den TOP 6.11 – BV 450/05 „Verwaltungsvereinbarung“ von der Tagesordnung zu nehmen.

Begründung: Auf der gemeinsamen HA-Sitzung am 06. Dezember 2005 in Dessau wurde festgestellt, dass noch zu viel Diskussionsbedarf besteht. Diese BV sollte zunächst noch einmal für den nächsten Hauptausschuss auf die Tagesordnung genommen werden.

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

Die SPD-Fraktion ist nicht dieser Meinung. Die Verwaltungsvereinbarung wird seit einem $\frac{3}{4}$ Jahr beraten. Die Unstimmigkeiten aus dem letzten Hauptausschuss in Dessau sind zwar bekannt, aber die Stadträte haben Unterlagen erhalten und deshalb kann der TOP ganz normal behandelt werden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, wird über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
25	0	14	9	2

Beschluss: Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU, den TOP 6.11 von der Tagesordnung zu streichen, angenommen.

Herr Tremer, Fraktion PDS

Wenn der Punkt 6.11 von der Tagesordnung genommen wurde, beantragt die Fraktion der PDS, statt dessen den Punkt „Ablehnung des Fusionsvertrages durch das Landesverwaltungsamt“ auf die Tagesordnung zu nehmen.

Begründung: Herr Koschig wird sicherlich in seinem Bericht der Verwaltung dieses Thema ohnehin ansprechen. Dann wird sich sicherlich unter dem Punkt „Anfragen der Stadträte an den Bürgermeister“ eine Diskussion ergeben. Sinnvoller und erforderlich wäre es allerdings, dieses Thema in einem gesonderten TOP zu behandeln.

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

Die SPD-Fraktion kann sich dem Wunsch anschließen, unabhängig davon, ob der Herr Bürgermeister im Bericht der Stadtverwaltung dieses Thema anspricht oder nicht. Das ist völlig unerheblich.

Herr Koschig, Bürgermeister

Es können natürlich keine Beschlüsse gefasst werden, da der TOP nicht auf der Tagesordnung steht.

Zum anderen wurde Herr Koschig vor geraumer Zeit einmal gerügt, weil er in seinem Bericht der Verwaltung auf einen Gegenstand der Tagesordnung eingegangen ist. Dieses Haus bestimmt seine Spielregeln selbst, auch die ungeschriebenen Gesetze. Wenn dieser Tagesordnungspunkt aufgenommen wird, dürfte Herr Koschig nach den allgemeinen Spielregeln dieses Hauses nicht auf die Versagung des Fusionsvertrages durch das Landesverwaltungsamt eingehen. Es sei denn, der Stadtrat erlaubt es ihm ausdrücklich.

Herr Brumme, Fraktion CDU

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag, den Punkt nicht in die Tagesordnung aufzunehmen.

Begründung: Um hier eine ordentliche Diskussion zu führen, sind doch einige exakte Vorbereitungen notwendig. Das sollte doch zunächst im Sinne der Beratung im letzten Hauptausschuss in Dessau im nächsten Hauptausschuss in Roßlau geschehen und für den nächsten Stadtrat vorbereitet werden.

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

Die Begründung von Herrn Brumme ist völlig unerheblich, was Dessauer Hauptausschuss-Mitglieder artikulieren. Das ist nur am Rande wichtig. Wir sind im Roßlauer Stadtrat.

Herr Bader, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Die Fraktion unterstützt den Antrag von Herrn Tremer, hauptsächlich deshalb, weil wir etwas gegen das Meinungsmonopol der Pressestelle von Dessau unternehmen müssen.

Frau Knaut, Rechnungsprüfungsamt

Frau Knaut weist darauf hin, dass lt. § 3 Absatz 2 der Geschäftsordnung dieses Hauses ist es nicht gestattet, die Tagesordnung im öffentlichen Teil zu erweitern.

Herr Vester, Fraktion PDS

Erstens haben wir das in der Vergangenheit nicht so gehandhabt und haben solche Anträge auf die Tagesordnung genommen. Und zweitens droht uns hier eine Frist.

Um zu entscheiden, was mit dem Fusionsvertrag passiert, muss man auch darüber reden dürfen.

Frau Müller, Vorsitzende des Stadtrates

In der Geschäftsordnung steht es eindeutig drin, dass die Tagesordnung im öffentlichen Teil nicht erweitert werden darf.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Tagesordnung und der vorliegenden Anträge.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
25	0	18	8	0

Beschluss: Die Tagesordnung wird mit der Änderung, dass der TOP 6.11 von der Tagesordnung gestrichen wird, bestätigt.

5. Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Sitzung vom 03.11.2005

Herr Dreibrod, Fraktion SPD

Herr Dreibrod bittet interessierte Stadträte, die Seite 6 der Niederschrift aufzuschlagen.

Dort führt der Bürgermeister, Herr Koschig, aus, dass er den Worten von Herrn Föse entnimmt, „dass es einen Rundumtelefonbeschluss vom Hauptausschuss gegeben hat. Das ist eine Sache, die wir schon öfter seit 1990 mal gemacht haben.“ „Ich denke, wenn 7 Mitglieder des Hauptausschusses dem Antrag von Herrn Föse zugestimmt haben, dann hat der Hauptausschuss auch einen Beschluss dazu gefasst.“

Hiergegen gab es heftigen Einspruch. Herr Dreibrod hat daraufhin die Kommunalaufsicht angerufen. Herr Dreibrod reicht Frau Müller das Dokument aus. Die Kommunalaufsicht führt aus, was ein Beschluss ist, was ein Beschluss ist und sagt am Ende: „Andere erleichternde Formen, als die hier ausdrücklich genannten, sind für die Beschlussfassung unzulässig. Zum Beispiel telefonische Abfrage der Ratsmitglieder oder Abfrage der Auffassung von Ratsmitgliedern unmittelbar über deren Fraktionsvorsitzende.“

Damit kann festgestellt werden, dass die Aussage von Herrn Koschig insofern ungesetzlich ist, seit 1990 haben wir das praktiziert, kann keine Begründung dafür sein, dass so etwas falsch ist. Es hat nach wie vor keinen Beschluss des Hauptausschusses gegeben. Herr Dreibrod bittet, das zu Protokoll zu nehmen und das Dokument der Kommunalaufsicht dieser Niederschrift beizufügen.

Herr Koschig, Bürgermeister

Herr Koschig geht noch einmal auf das Protokoll ein. Er zitiert Jesus Christus, der zu den Pharisäern gesagt hat: „Was ich gesagt habe, habe ich gesagt“.

Möglicherweise entspricht es nicht irgend welchen gesetzlichen Dingen, aber ich habe es gesagt und dann bleibt es auch so.

Herr Dreibrod, Fraktion SPD

Herr Dreibrodt bittet weiterhin eine Formalie auszubessern. Auf den Seiten 9 und 10, die Veranstaltung im Kornhaus betreffend, wurde durch Frau Böning ein falsches Wort verwendet. Es handelte sich nicht um „Wirtschaftsjuroren“ sondern um „Wirtschaftsjunioren“.

Herr Pfennigsdorf, Fraktion SPD

Herr Pfennigsdorf hatte im Rahmen der Anfragen an den Bürgermeister in der vorigen Sitzung Herrn Koschig gebeten, kurz Stellung zu nehmen zu der Frage, welche Synergieeffekte im Rahmen der Fusion Dessau-Roßlau unter Beachtung der jetzt bekannt gewordenen negativen Tendenzen sich noch positiv im Rahmen der Fusion auswirken würden. Da eine Bitte keine Anfrage ist, möchte Herr Pfennigsdorf heute nochmals anfragen, ob Herr Koschig heute bereit wäre, auf diese Anfrage eine Antwort zu geben.

Herr Koschig, Bürgermeister

Herr Koschig hat das zugesagt und er wird auch auf seine Zusage in seinem Bericht zurück kommen. Aber schon einmal vorgegriffen gesagt, bittet Herr Koschig um Verständnis, dass er es in der gewünschten Form heute noch nicht zusammenstellen konnte. Ein erster Entwurf ist da, aber er ist noch nicht in der Form, wie es gerade von Herrn Pfennigsdorf gewünscht war.

Herr Föse, Fraktion CDU

Herr Föse meldet sich zur Geschäftsordnung. Es ist heute noch eine Tagesordnung abzuarbeiten. Die Angelegenheit von Herrn Pfennigsdorf gehört in Punkt 6.3.

Herr Pfennigsdorf, Fraktion SPD

Herr Pfennigsdorf weist nochmals darauf hin, dass die Antwort von Herrn Koschig für sein Abstimmungsverhalten zur Niederschrift wichtig ist.

Dann wird über den öffentlichen Teil der Niederschrift der Sitzung vom 03.11.2005 abgestimmt.

Beschluss: Der öffentliche Teil der Niederschrift der Sitzung vom 03.11.2005 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
25	0	16	6	3

6. Behandlung folgender Tagesordnungspunkte:

6.1. Bericht der Stadtverwaltung

Dazu spricht der Bürgermeister der Stadt Roßlau, Klemens Koschig. Der wörtliche Bericht liegt dem Original der Niederschrift im Büro des Stadtrates bei und kann täg-

lich während der Dienstzeit eingesehen werden. Weiterhin wird der Bericht im Elbe-Fläming-Kurier veröffentlicht.

6.2. Einwohnerfragestunde

Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen, da es keine Anfragen von Einwohnern bzw. von Stadträten im Auftrag von Einwohnern gibt.

6.3. Anfragen der Stadträte an den Bürgermeister

Herr Schwierz, Fraktion PDS

Herr Schwierz bezieht sich in seiner Frage auf die Veranstaltungen der Volkssolidarität und der Grundschule in Meinsdorf, die der Bürgermeister in seinem Bericht erwähnt hat.

Herr Schwierz möchte wissen, ob zu diesen Veranstaltungen Mitglieder des Sozialausschusses eingeladen wurden und wenn nein, warum nicht.

Herr Koschig, Bürgermeister

Wenn es vom Stadtrat gewünscht wird, dass die Stadtverwaltung die zentrale Anlauf- und Einladungsvergabestelle in der Stadt Roßlau wird, dann muss im Hause eine Umstrukturierung vorgenommen werden. Die Vereine melden ihre Veranstaltungen nicht, so dass es auch immer wieder Probleme gibt, den Kultur- oder den Sportkalender der Stadt zusammen zu bringen. Wenn wir die Einladungen nicht kennen, können sie auch nicht weiter gegeben werden. Wenn das gewünscht wird, muss ich nachfragen, wer eingeladen wurde bzw. ob es das Einverständnis des Einladenden trifft, Stadträte einzuladen. Das ist eine unheimliche Mehrarbeit für das Büro des Bürgermeisters und des Büros des Stadtrates.

Herr Vester, Fraktion PDS

Herr Vester hat eine Frage zum Fusionsvertrag. Vertragsgegenstand und Vertragsinhalte sind nicht beliebig und bilden ein Ganzes. Nachdem die Bürger ihr Votum für die Doppelstadt auf der Grundlage des damaligen Fusionsvertragsentwurfs abgegeben haben, jetzt wesentliche Vertragsinhalte zu ändern, ist mit der PDS-Fraktion nicht zu machen. Dass die Fusion mit seinen Durchführungsbestimmungen nicht im Gesetz steht, war uns allen bekannt. Leider hat auch der Gesetzgeber die CDU/FDP-Regierung in seinem Gesetz bis heute nicht geschafft, in die gesetzlichen Regelungen mit einzubeziehen.

Die Frage an Herrn Koschig, ob er Widerspruch gegen den Entscheid des Landesverwaltungsamtes einlegt und verweist damit gleichzeitig auf die Einhaltung der Fristen.

Herr Koschig, Bürgermeister

Das kann so noch nicht beantwortet werden, weil die endgültige Prüfung noch nicht beendet ist und die Gespräche des Rechtsamtes Dessau mit dem Landesverwaltungsamt auch noch nicht zu Ende geführt wurden. Es ist sicher ratsam, erst einmal in Widerspruch zu gehen, um die Fristen einzuhalten, den man dann auch wieder zurückziehen kann. Aber auch dazu hat es noch keine endgültigen Abstimmungen mit der Stadtverwaltung Dessau gegeben.

Die Frage von Herrn Vester, ob der Stadtrat dann in geeigneter Form informiert wird, wird bejaht.

Herr Bader, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Es ist ja nun amtlich, dass dieser Fusionsvertrag unwirksam ist. Bekanntermaßen, weil der Kreis der Gebietsänderung nicht zugestimmt hat. Das war bekannt. Das Land hat von der Entscheidung der Bürger abhängig gemacht, ob das Gesetz zur Fusion entsteht. Der Bürgerentscheid ist auf Grund eines Vertragsentwurfes zustande gekommen, dessen Ablehnung von vorn herein klar war. Herr Bader fragt Herrn Koschig, ob er es nicht für angebracht hält, sich öffentlich und deutlich bei den Bürgern der Stadt Roßlau entschuldigen für ein derartiges Maß von Fehlinformationen und Illusionen, die den Bürgern gemacht wurden mit dem Ergebnis des Bürgerentscheides.

Herr Koschig, Bürgermeister

Herr Koschig erkennt keinen Grund, sich bei der Bürgerschaft zu entschuldigen. Die Bürgerschaft hat für sich selbst entschieden. Eine Fehlinformation der Bürger kann Herr Koschig ebenfalls nicht erkennen. Die Probleme wurden vom ersten Tag an benannt. Es wurden Visionen aufgezeigt und über die Machbarkeit dieser Visionen informiert. Herr Koschig hat auch nach dem Bürgerentscheid alle um ihre politische Mitwirkung gebeten, sich politisch in Magdeburg stark zu machen, dass auch die nur politisch beschließbaren Probleme vom Landtag umgesetzt werden. Herr Koschig muss immer wieder feststellen, dass dies nicht gelungen ist. Er kann sich höchstens bei der Bevölkerung entschuldigen, dass er nicht 25 Stunden am Tag an diesem Thema gearbeitet hat und dass es ihm nicht gelungen ist, den gesamten Stadtrat mitzureißen. Aber dann müssten sich sicher alle hier im Stadtrat bei der Bevölkerung am Ende des Jahres entschuldigen, nicht in aller Gänze die Hausaufgaben gemacht zu haben. Bestimmte Dinge wurden nicht erreicht, aber die wesentlichen Dinge sind erreicht worden, sind vom Gesetzgeber anerkannt worden. Aber wie schon im Bericht erwähnt, Geschäftsordnungsdebatten führen nicht zu einer erfolgreichen Fusion, sondern hindern schon auf dem Weg, gemeinsame Auffassungen zu finden. Denn gerade diese Geschäftsordnungsdebatte in der gemeinsamen Hauptausschuss-Sitzung in Dessau am 06. Dezember hat uns an der Frage gehindert, gemeinsam zu überlegen, ob Widerspruch eingelegt wird oder nicht. Diese Frage konnte an dem Abend nicht mehr gemeinsam beantwortet werden.

Frau Mitsching verlässt 18:05 Uhr die Beratung.

Herr Tonndorf, Fraktion Neues Forum

Herr Tonndorf findet es anmaßend, wenn gesagt wurde, dass der Fusionsvertrag in Bausch und Bogen auf unrealistischer Basis abgeschlossen wurde. Der Fusionsvertrag hat 27 Paragraphen.

Herr Dreibrod, Fraktion SPD meldet sich zur Geschäftsordnung und fragt, ob das eine Frage an den Bürgermeister ist. Herr Tonndorf bejaht dies und fährt fort.

Die Paragraphen 3 bis 27 sind das wirkliche Fleisch an dem Vertrag. Nun die Frage an den Bürgermeister, wie können alle 28 Stadträte daran wirken, in den Paragraphen 3 bis 27 den Geist und den Tenor des Vertrages auch unter der Bevölkerung wieder lebendig zu machen?

Herr Koschig, Bürgermeister

Der Vertrag enthält eine Vielzahl von Regelungen zwischen den beiden Städten, die nicht genehmigungspflichtig durch das Landesverwaltungsamt sind. Sie sind nur als Bestandteil dieses Fusionsvertrages als Gesamtheit nicht genehmigt worden. Das heißt noch lange nicht, dass sie abgelehnt sind. Es ist also wichtig, dass beide Stadträte, also von Roßlau und Dessau, weiterhin dazu stehen und nicht resignieren. Herr Koschig ist einer großen Mehrheit der beiden Hauptausschüsse sehr dankbar, dass sie ein deutliches Signal an die Öffentlichkeit gegeben haben. Der Fusionsvertrag musste versagt werden, weil die Regelungen des Landtages teilweise anders gestaltet sind. Aber zu den anderen Inhalten stehen wir nach wie vor.

Frau Mitsching kommt 18:10 Uhr zur Beratung zurück.

Es ist auch nicht erkennbar, dass jemand daran etwas ändern will. Dass zum Beispiel die Elbe-Rosenthal-Halle nicht zu den favorisierten Spielstätten der Stadt Dessau-Roßlau gehört, dass unsere Kindertagesstätten weiter entwickelt werden und nicht geschlossen werden sollen. All diese Dinge bleiben doch bestehen und mit der Vereinbarung, dass die Stadt Dessau-Roßlau Rechtsnachfolger der Städte Dessau und Roßlau wird, was übrigens auch im Gesetz steht, ist dies alles inbegriffen. Es muss aufgehört werden, solche Grundsatzdebatten zu führen, hier hat der Landtag entschieden. Sondern das Jahr 2006 muss genutzt werden an der Erstreckungssatzung zu arbeiten, an der Zusammenführung des Ortsrechtes zu einem gemeinsamen Ortsrecht und so viel wie möglich Dinge vorzubereiten und dann dem neuen Stadtrat auf den Tisch zu legen. Je mehr die 18 Monate genutzt werden, um so besser wird der Start der neuen Stadt sein.

Von den Fusionsgegnern ist immer wieder angemerkt worden, dass dann Roßlau nichts mehr zu melden hat in dem großen Stadtrat. Jetzt gibt es zwei souverän handelnde Stadträte, die zusammenkommen, nur man muss sie auch zusammenkommen lassen, zusammen diskutieren lassen und zusammen auch Beschlussempfehlungen aussprechen zu lassen und nicht immer wieder die Geschäftsordnung zu zitieren. Jetzt ist eine zielorientierte für die Bürger wegweisende Zusammenarbeit beider Städte angesagt.

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

Auf die Anfrage von Herrn Bader hat Herr Koschig festgestellt, dass er traurig ist, nicht den ganzen Stadtrat hinter sich gebracht zu haben. Aber Herr Dreibrodt meint, dass Herr Koschig mit diesem Sachverhalt ganz gut leben kann. Schwieriger ist es doch, dass rund 50 % der Roßlauer Bevölkerung nicht hinter Herrn Koschig steht.

Frage: Der Bescheid vom Landesverwaltungsamt, wo Herr Koschig schon ausgiebig seine Meinung zum Besten gegeben hat, wurde nicht an die Stadträte ausgereicht. Vom Hauptausschuss wurde Herr Koschig gerügt, dass er das Dokument 14 Tage lang unter Verschluss lag. Den Hauptausschuss-Mitgliedern wurde das Dokument dann ausgereicht. Dann wurde durch die Fraktionen der Auftrag erteilt, das Dokument allen Stadträten zukommen zu lassen. Das ist aber nicht erfolgt. Warum wird nun nach wie vor dieses wichtige Dokument den anderen Stadträten immer noch vorenthalten? Diese Informationspolitik deckt sich übrigens genau mit der Informationspolitik von Herrn Otto.

Herr Koschig, Bürgermeister

Was die Informationspolitik betrifft, weist Herr Koschig die Kritik strikt von sich. Laut Gemeindeordnung ist der Bürgermeister verpflichtet, den Gemeinderat über alle

wichtigen die Gemeinde und ihre Verwaltung betreffenden Angelegenheiten zu unterrichten. Was wichtige Angelegenheiten sind, ist nicht näher definiert. Offensichtlich muss aber in einer Änderung der Geschäftsordnung definiert werden, in welcher Form die Unterrichtung künftig sein soll. Bisher wurde immer im Stadtrat im Bericht der Verwaltung unterrichtet. Herr Koschig gibt sich sehr viele Mühe mit den Verwaltungsberichten. Insofern ist das einfach eine Herabwürdigung seiner Person und seiner Mühe. Und Herr Koschig setzt natürlich auch voraus, dass, wenn Fraktionsvorsitzende wichtige Unterlagen erhalten, sie ihre Fraktionsmitglieder darüber informieren. Aber hier ist natürlich die Fraktionsarbeit gefragt. Es muss nun die Frage beantwortet werden, was ist eine wichtige Angelegenheit, worüber mündlich informiert werden soll und was ist eine wichtige Angelegenheit, worüber schriftlich informiert werden soll? Und in welchem Zeitraum muss informiert werden? Herr Koschig sperrt sich nicht gegen neue Regelungen, aber die Kirche muss im Dorf bleiben, das ganze kostet Zeit und Geld.

Herr Brumme, Fraktion CDU

Herr Brumme fragt, ob Herrn Koschig als Vorsitzender des Hauptausschusses bekannt ist, dass es einen Beschluss gibt, in dem er wegen seiner Informationspolitik gerügt wurde? Oder war es nur Kritik eines Abgeordneten.

Herr Koschig, Bürgermeister

Es gab keinen Beschluss, es gab nur eine Rüge des Abg. Dreibrodts, die er heute noch einmal wiederholt hat.

Im Umkehrschluss kommt aber auch im gleichen Hauptausschuss vom gleichen Abgeordneten die Rüge, zu viel Papier zu produzieren. Jeder Blödsinn würde verteilt, aber nicht die wichtigen Dinge. Der Haushalt ist unausgeglichen und zentnerweise käme Papier ins Haus.

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

„Jeden Blödsinn“ hat Herr Dreibrodt nicht gesagt. Es ist auch falsch, dass lediglich die SPD-Fraktion durch Herrn Dreibrodt daran Anstoß genommen hat, es war noch eine andere Fraktion. Außerdem findet Herr Dreibrodt es unanständig, wenn Herr Koschig dieses wichtige Dokument herabwürdigt und ein unbedeutendes Papier daraus macht. Den Fusionsvertrag, salopp gesagt, bringt Herr Koschig wie es in der Presse steht wie Sauerbier unters Volk. Deshalb die Frage an Herrn Koschig, worin er die Unwichtigkeit dieses Dokumentes erkennt, dass die Stadträte nicht einzeln informiert werden müssen.

Herr Koschig, Bürgermeister

Herr Koschig hat nie von Unwichtigkeit sondern vom Grad der Wichtigkeit gesprochen. Im übrigen hat Herr Koschig bereits vor der Versagung über die Versagung informiert.

Herr Vester, Fraktion PDS

Ist der Fusionsvertrag infrage gestellt und kann ohne Widerspruch nicht eine Eingemeindung vorgenommen werden?

Herr Koschig, Bürgermeister

Im Bericht der Verwaltung hat Herr Koschig versucht, die Gesetzeslage klar und deutlich darzulegen.

„Aus vorgenanntem Grund wurde von einer weitergehenden Prüfung der materiellen Rechtmäßigkeit der Vereinbarung abgesehen. Ich gehe davon aus, dass der Abschluss der Auseinandersetzungsvereinbarung unter Einhaltung der Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt vorgenommen wird.“

Die Diskussion ist in der Hauptausschuss-Sitzung am 06.12.05 nicht weiter geführt worden, inwieweit eine zusätzliche oder neue Auseinandersetzungsvereinbarung abgeschlossen werden soll. Das sollte Anfang des Jahres mit Dessau auch getan werden. Aber was es nicht gibt ist eine Eingemeindung. Es ist Gesetz, dass am 30.06.2007, 24:00 Uhr die Städte Dessau und Roßlau aufhören zu existieren. Und es ist Gesetz, dass 0:00 Uhr die kreisfreie Doppelstadt Dessau-Roßlau neu gebildet wird, mit allen Problemen, die vom Landtag momentan nicht aufgegriffen wurden. Für die Landkreise hat man sich auf den Abschnitt XI des Kommunalwahlgesetzes berufen: Nach erster Tenorierung des Landesverwaltungsamtes interpretiert dieses das auch gleichgeltend für Dessau-Roßlau, aber es steht so nicht im Gesetz. Das heißt, es sind eine ganze Reihe von Fragen mit dem Landesverwaltungsamt abzuklären.

Eine Eingemeindung gibt es nicht, die ist gesetzlich ausgeschlossen. Über die Fusion an sich darf gar nicht mehr nachgedacht werden, weil es Gesetz ist. Aber über den Vollzug muss sich verständigt werden. Der Fusionsvertrag ist auch ohne Genehmigung des Landesverwaltungsamtes eine gute Richtschnur für diesen Vollzug. Es wäre natürlich wünschenswert, wenn das Dokument genehmigt wird, damit er einen gewissen Wert erhält. Den Fusionsvertrag in seinem gemeindeordnungskonformen Teil zu vollziehen, verbietet niemand, auch nicht das Landesverwaltungsamt.

Herr Pfennigsdorf, Fraktion SPD

Wie will Herr Koschig der Bürgerschaft über einen Fusionsvertrag, den er selbst als ungesetzlich deklariert hat, einer Bürgerschaft die sich ganz knapp mit der Basis dieses Fusionsvertrages als Grundlage für eine Fusion entschieden hat, klar machen, es war alles umsonst, es erfolgt ein Vollzug über die Landesregelung durch die Landesregierung. Aber der Fusionsvertrag und der Entscheid der Bürger ist nur noch Makulatur. Es ist auch nicht richtig, dass nur wenige Stadträte eine kritische und kontrollierte Meinung vertreten haben. Herr Koschig ist des öfteren und wiederholt darauf hingewiesen worden, dass dieser Vertrag inhaltlich rechtswidrig ist.

Wie will Herr Koschig sein Verhalten, für das er die Hauptverantwortung trägt, der Bürgerschaft klar machen und welche Konsequenzen zieht Herr Koschig persönlich daraus.?

Zur Hauptsatzung – Anfragen sind spätestens in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Herr Koschig, Bürgermeister

Herr Koschig hat sich in aller Form entschuldigt, dass er es einfach nicht geschafft hat, sich mit dem Dokument noch weiter zu beschäftigen. Neben dem Vollzug der Fusion ist noch eine Stadtverwaltung zu führen und zu leiten, alle Aufgaben anständig zu erledigen. Den Bürgern wurde versprochen, dass niemand darunter leiden muss, dass wir ihre täglichen Sorgen und Nöte genauso in hoher Qualität bearbeiten, wie das immer der Fall war.

Die Antwort für Herrn Pfennigsdorf liegt vor, aber sie muss noch überarbeitet werden, damit auch der einfache Bürger es verstehen kann.

Herr Koschig spricht täglich mit den Bürgern. Er schätzt ein, dass es ein wachsendes Verständnis für die Fusion gibt, dass es aber auch ein wachsendes Unverständnis

gibt, warum zunächst zu einer solchen Eile gedrängt wurde und die Fusion dann doch so spät kommt. Dieses Unverständnis teilt Herr Koschig mit der Bürgerschaft. Zur ersten Frage von Herrn Pfennigsdorf verweist Herr Koschig auf alle bisher getroffenen Antworten.

Herr Bader, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Am 23. September 2004 wurde beschlossen, dass die Kosten einer möglichen Fusion ermittelt werden sollen. Wann wird der Stadtrat darüber informiert?

Herr Koschig, Bürgermeister

Es gab schon einmal eine Zwischenantwort, dass es schwer zu beziffern ist. Momentan ist Herr Koschig nicht in der Lage, die Antwort zu erschöpfend zu geben, wie sie gewünscht wird.

Herr Tremer, Fraktion PDS

Hat die Abgabe der Mitarbeiter aus Roßlau nach Dessau hier in der Stadtverwaltung solche Auswirkungen, dass die tägliche Arbeit nicht mehr ausreichend bewältigt werden kann? Gibt es in den kommenden 1 ½ Jahren solche Probleme? Wäre es dann nicht sinnvoll, befristet Mitarbeiter einzustellen?

Herr Koschig, Bürgermeister

Herr Koschig fragt zurück, ob Herr Tremer schon Probleme kennt, die an ihn herangetragen wurden?

Wenn Herr Tremer auf die Beantwortung der Frage von Herrn Pfennigsdorf anspielt, bittet er doch um Verständnis auf die Fürsorgepflicht seinen Mitarbeitern gegenüber. Solche Fragen beantwortet der Chef selbst. Für solche Fragen werden die Mitarbeiter auch nicht bezahlt. Im allgemeinen versteht man unter Synergie das Zusammenwirken verschiedener Kräfte, Faktoren oder Organe.

Herr Brumme verlässt die Beratung. Somit sind 24 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Koschig stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt abzuschließen, da sich die Fragen nur noch wiederholen und diese teilweise schon mehrfach beantwortet wurden.

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

Beim Hauptausschusstreff in Dessau hat zu den Tagesordnungspunkten, die in Roßlau immer öffentlich behandelt werden, der heute abgesetzte Tagesordnungspunkt „Verwaltungsvereinbarung“ gehört. In Dessau wurde die Presse hinaus geschickt.

Frau Nußbeck hat im Anschluss auszugswise einen Stellenplan vorgestellt. Das ist dieser Stellenplan, der schon im September jedem Stadtrat vorliegen sollte. Das ist auch schon mehrfach angemahnt worden. Als die Nachfrage eines Dessauer Stadtrates kam, ob er es ausgehändigt bekommen könnte, wurde es abgelehnt.

Warum wird dieser Stellenplan den Stadträten vorenthalten?

Herr Schmieder, Baudezernent

Das ist im nichtöffentlichen Teil in Dessau behandelt worden. Es ist hier nicht auf der Tagesordnung. Hier müsste sich noch grundsätzlich in der Politik geeinigt werden, wie die Sache zu behandeln ist. Dann sollte gleichberechtigt und gleich lautend verfahren werden. Es ist ja auch in Dessau herausgearbeitet worden, dass es nicht gut

ist, in jeder Hinsicht unterschiedlich zu verfahren. In den Fraktionen sollte versucht werden, eine einheitliche Meinung zu bilden, damit die Verwaltung nicht hin und her gerissen wird.

Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, bittet nun über den Antrag von Herrn Koschig, diesen Tagesordnungspunkt abzuschließen, abzustimmen.

Beschluss: Dem Antrag von Herrn Koschig, dass der Tagesordnungspunkt 6.3 abgeschlossen wird, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	13	8	3

6.4. 4. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes zum Haushaltsplan 2006

Vorlage: BV/0466/05-I/20

Herr Tremer, Fraktion PDS

In der 4. Fortschreibung steht, dass die Ausbildung von Azubis ab 2008 abgesetzt wird.

Damit kann sich die Fraktion nicht einverstanden erklären.

Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, erläutert, dass die Ausbildung nur ausgesetzt wird.

Dann wurde abgestimmt.

Beschluss: Der Stadtrat beschließt die 4. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes zum Haushalt 2006.

Herr Koschig, Bürgermeister

Vom Städte- und Gemeindebund und auch vom Innenministerium wurde in letzter Zeit darauf aufmerksam gemacht, wie wichtig die Lehrlingsausbildung, also die Profilierung des eigenen Nachwuchses ist. Das macht die Stadt Roßlau schon seit Jahren. Das wird Herr Koschig auch der Kommunalaufsicht mitteilen und bewusst diesen Beschluss anführen. So lange dieser Runderlass gilt, dass immer wieder eine Haushaltskonsolidierung beschlossen werden muss, selbst wenn die Haushaltskonsolidierung greift, muss die Kommunalaufsicht auch solche Beschlüsse hinnehmen. In der Zustimmung zu diesem Beschluss kommt das Vertrauen des Stadtrates zum Ausdruck für die finanzpolitische Arbeit im Hause, für die Kämmerei, für alle Ämter, die sich darum bemühen, finanztechnisch wieder Boden unter die Füße zu bekommen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

24	0	16	6	2
----	---	----	---	---

6.5. Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2006 Vorlage: BV/0463/05-I/20

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Herr Gerdung hat bereits im Hauptausschuss Kritik geäußert, dass für 5.000,- € Straßenbeleuchtung abgeschaltet werden soll, andererseits Lagergebühren für Utensilien des Heimat- und Schifferfestes von 8.300,- € ausgegeben werden sollen. Die Beantwortung der Frage sollte im nichtöffentlichen Teil des Hauptausschusses erfolgen, war aber nicht der Fall. Deshalb stellt Herr Gerdung jetzt im öffentlichen Teil des Stadtrates diese Frage erneut. Worum handelt es sich und wo ist dieses Lager?

Herr Koschig, Bürgermeister

Es handelt sich um Miete für Lagerraum im Zusammenhang mit dem Heimat- und Schifferfest. Die übrigen Angaben können allerdings in der Tat nur im nichtöffentlichen Teil beantwortet werden. Informationen sind aber keine Einbahnstraße. Nach der langen Diskussion im Hauptausschuss ist es den Mitgliedern natürlich erlaubt, daran zu erinnern, dass bestimmte Fragen noch nicht beantwortet wurden.

Herr Schmieder, Baudezernent

Die Utensilien sind Teile unseres Stadtarchivs. Wenn die Entscheidung zu dieser Beschlussvorlage von dieser Information abhängig gemacht wird, schlägt Herr Schmieder vor, jetzt eine Auszeit zu nehmen, um diese Informationen zu geben.

Der Stadtrat begibt sich 18:45 Uhr in eine Auszeit von 5 Minuten.

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

Herr Dreibrodt hat an dieser Auszeit teilgenommen und musste feststellen, dass es sich hier um einen haushaltstechnischen Trick handelt, der auf Grund von getroffenen Vereinbarungen zustande gekommen ist, die getroffen wurden aber nicht öffentlich sein dürfen, wie es Herr Schmieder wörtlich formuliert hat. Allein aus dem Grund sieht sich die SPD-Fraktion außerstande, den Haushalt zu genehmigen. Weil, wenn das Schule macht, was in diesem Punkt hinterlegt ist, dann brauchen wir gar keinen Haushalt mehr.

Herr Koschig, Bürgermeister

Da wird schnell ein Saulus zum Paulus oder umgekehrt. Diese Regelung ist schon viele Jahre alt und auch bekannt. Die ist mehrfach im Hauptausschuss erläutert worden. Immer wieder diskutiert worden ist sie auch im Zusammenhang mit der Finanzierung des Sport- und Traditionsvereins. Es jetzt zur Ursache einer Ablehnung des Haushalts zu machen, sei schon die Frage an Herrn Dreibrodt gestattet, was er all die anderen Jahre zum Haushalt gesagt hat, denn von diesem Vertrag hat Herr Dreibrodt gewusst.

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

Das ist nicht der einzige Grund. Aber allein dieser Fakt ist ausreichend, den Haushalt abzulehnen. Das muss doch anerkannt werden. Der Inhalt soll nicht an die Öffent-

lichkeit. Wenn das den anderen Vereinen bekannt wäre, würden diese auch eine solche Sonderbehandlung haben wollen.

Herr Bader, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Die Stadträte haben sich neulich überreden lassen, den Hafen umzuschulden. Das ist wohl noch nicht genehmigt worden. Das Argument für die Zustimmung war, dass 140 T€ für die Konsolidierung des Haushalts verwendet werden. Wo tauchen die denn auf?

Herr Koschig, Bürgermeister

Herr Koschig hat darüber informiert, dass die Genehmigung nicht erteilt wurde. Deshalb wurde es auch nicht aufgenommen.

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Die Begründung für die Lagerkosten Heimat- und Schifferfest ist zwar nachvollziehbar aber nicht tolerierbar. Auch die Fraktion FDP/Offensive D/BL kann diesem Haushalt so nicht zustimmen.

Herr Föse, Fraktion CDU

Das Haushaltskonsolidierungskonzept wurde vorhin beschlossen, was erfreulicher Weise eine Konsolidierung nicht erst in 2011 sondern bereits in 2006 anzeigt. Das sollte eigentlich Anlass sein, dem Haushaltsplan zuzustimmen. Mit einer Konsolidierung tut man nicht jedem etwas Gutes. Es muss doch das gesamte Paket gesehen werden, was zustimmungswürdig ist. Herr Föse schlägt vor, dem Haushaltsplan zuzustimmen.

Dann wurde abgestimmt.

Beschluss: Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2006.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	16	6	2

6.6. Jahresabschlussprüfung WIR 2005

Vorlage: BV/0453/05-I/80

Beschluss: Der Stadtrat stimmt der Bestellung der WRM Wohnrevision Magdeburg GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zum Abschlussprüfer des Jahresabschlusses 2005 der Wohnbau- und Immobiliengesellschaft Roßlau mbH zu.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
------------------	------------	------------	-----------	------------

	nach § 31 GO			
24	0	22	1	1

6.7. Wahl Vertreter Abwasser- und Wasserzweckverband Elbe - Fläming
Vorlage: BV/0454/05-I/80

Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, stellt zunächst die Frage, ob in geheimer Wahl oder in offener Abstimmung abgestimmt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	24	0	0

Beschluss: Die Abstimmung erfolgt offen.

Beschluss: Als Vertreter der Stadt Roßlau in der Verbandsversammlung des Abwasser- und Wasserzweckverbandes Elbe – Fläming wird Frau Margit Ebert, Geschäftsführerin der ROWA, gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	24	0	0

Beschluss: Als Stellvertreter des Vertreters der Stadt Roßlau in der Verbandsversammlung des Abwasser- und Wasserzweckverbandes Elbe – Fläming wird Herr Wolfgang Schmieder, Baudezernent der Stadt Roßlau, gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	24	0	0

6.8. Beteiligungsbericht 2005 Stadt Roßlau (Elbe)
Vorlage: Info/0457/05-I/80

Der Beteiligungsbericht 2005 der Stadt Roßlau (Elbe) wird zur Kenntnis genommen.

6.9. 4. Nachtrag zur Erstreckungssatzung zur Anpassung des Ortsrechtes der Gemeinde Mühlstedt an das Orts
Vorlage: BV/0459/05-BM

Beschluss: Der Stadtrat beschließt die in der Anlage 2 befindliche Änderung der Erstreckungssatzung zur Anpassung des Ortsrechtes der Gemeinde Mühlstedt an das Ortsrecht der Stadt Roßlau im § 3 über die Anpassung der Satzungen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	24	0	0

6.10 Straßenbenennung im Konversionsgebiet Garnison Roßlau
Vorlage: BV/0458/05-BM

Beschluss: Der Stadtrat beschließt die Benennung des in Anlage 2 markierten Teils der Planstraße A mit Hanns-Weltzel-Straße.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	24	0	0

**6.11 Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 62 Abs. 4 Gemeindeordnung Land
Sachsen-Anhalt**

Im zurückliegenden Zeitraum war kein Dringlichkeitsbeschluss zu fassen. Der Punkt entfällt.

Roßlau, 19.02.08

Christa Müller
Vorsitz Stadtrat

2. Unterschrift